



Prof. Dr. Norbert Lammert
Präsident des Deutschen Bundestages

**Festrede des Präsidenten des Deutschen Bundestages,
Prof. Dr. Norbert Lammert,
anlässlich der Verleihung des Cusanus-Preises
für besonderes gesellschaftliches Engagement
am 29. Oktober 2009 in Berlin**

Sehr geehrter Herr Tietmeyer,
lieber Kollege Riesenhuber,
Herr Staatssekretär Große-Brockhoff,
meine Damen und Herren,
liebe Stipendiaten und Stipendiatinnen,
und alle, die dem Cusanuswerk, an welcher Stelle ihrer Biografie auch immer,
in besonderer Weise verbunden sind!

Heute auf den Tag genau vor 42 Jahren, nämlich am 29. Oktober 1967, wurde das Musical „Hair“ im Public-Theatre in New York uraufgeführt. Es gilt als ein Meilenstein der Popkultur der 60er Jahre. Was dieses Musical außer der zweifellos schmissigen Musik zu einem Kultstück gemacht hat, ist der Ausdruck eines bestimmten Verständnisses vom eigenen Leben und der gesellschaftlichen Umgebung. „Hair“ ist Ausdruck eines Lebensgefühls, das durch eine geradezu zum Programm erhobene Begeisterung für sich selbst gekennzeichnet war. Damit verbunden war ein von ideologischem Eifer geprägtes Bedürfnis, zwischen sich und der übrigen Gesellschaft – und erst recht dem Staat – eine so sichere wie breite Distanz wie möglich zu legen und alle gesellschaftlichen Anforderungen und Verpflichtungen – erst recht, wenn sie in Form gesetzlicher Vorschriften daher kamen – als unangemessen und prinzipiell unzumutbar zurückzuweisen.

In den vier Jahrzehnten, die seitdem ins Land gegangen sind, hat sich manches verändert, nicht nur bei uns, auch in den Vereinigten Staaten. Manche vermeintliche Befreiung von tatsächlichen und eingebildeten Abhängigkeiten erweist sich heute als schaler Triumph oder als durchsichtiger Pyrrhussieg. Alte Abhängigkeiten wurden gegen neue eingetauscht. Und es ist deutlich geworden, dass weder die Organisation einer Gesellschaft das Individuum und seine Verantwortung für sich selbst ersetzen kann, noch umgekehrt breite Entfaltungsmöglichkeiten für individuelle Interessen die Notwendigkeit gesellschaftlicher Organisation und staatlicher Ordnung ersetzen. Aus dieser Einsicht folgt, dass eine freiheitliche Gesellschaft neben einer demokratisch legitimierten Regierung und einem handlungsfähigen Parlament auch eine aktive Bürgergesellschaft braucht.

Gibt es diese aktive Bürgergesellschaft bereits, und wenn ja, in welchem Umfang? Soll sie weiterentwickelt werden, und wenn ja, in welcher Weise? Gibt es diesbezüglich signifikanten Unterschiede in freiheitlich verfassten Gesellschaften, und wenn ja, welche?



Das breite Interesse an solchen Fragen hat den Deutschen Bundestag schon vor rund zehn Jahren zur Einsetzung einer eigenen Enquete-Kommission veranlasst, die sich der Bedeutung des Ehrenamtes in der demokratischen Gesellschaft widmete. Üblicherweise ist das einzig sichere Ergebnis von Enquete-Kommissionen die Vorlage eines dicken Berichtes. Was immer an konkreten Veränderungen aus jahrelanger Beschäftigung mit dem jeweiligen Gegenstand entsteht, wird darin aufbereitet, zumindest aber eine Fülle aktueller Daten und Fakten zum jeweiligen Sachverhalt. Und tatsächlich hat auch die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, in der wie in allen einschlägigen parlamentarischen Untersuchungskommissionen Mitglieder des Parlamentes und ausgewählte externe Sachverständige zusammenarbeiteten, nicht nur eine außerordentlich verdienstvolle Fleißarbeit über den statistischen Stand und die substantielle Bedeutung des Ehrenamtes in unserer Gesellschaft vorgelegt. Sie hat auch das öffentliche, das wissenschaftliche, übrigens auch das Medieninteresse an diesem Thema gefördert.

So wissen wir heute, dass das Ausmaß bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland eher größer ist als gemeinhin vermutet. Und wir wissen aus der Weiterverfolgung der damals erstmals breit erfassten Befunde, dass es in den vergangenen Jahren kontinuierlich weiter gewachsen ist. Ziemlich genau ein Drittel aller in Deutschland lebenden Menschen über 15 Jahre – also nicht nur deutsche Staatsangehörige – sind in ganz unterschiedlicher Weise ehrenamtlich engagiert. Das sind über 23 Millionen Menschen!

Allein von der schieren Zahl her ist das ein beachtlicher Befund, wobei die soziologischen Zusammenhänge mit Blick auf Alter, Berufe, Einkommen, Geschlechter und regionale Verteilung bemerkenswerte Differenzierungen aufweisen. Besonders aktiv sind Menschen mittleren Alters in den Altersklassen zwischen 30 und 55 Jahren. Statistisch deutlich weniger ehrenamtlich engagiert sind die Mittzwanziger sowie Personen über 65 Jahren. Das erklärt sich nicht von selbst, auch wenn einem natürlich sofort Zusammenhänge einfallen, die mit Studium, Berufsfindung und Familiengründung zu tun haben. Aber dass es bei der heutigen Vitalität und Lebenserwartung der älteren Generation eine signifikante Reduzierung ehrenamtlichen Engagements nach Beendigung der Erwerbsphase gibt, finde ich nicht nur statistisch auffällig, sondern politisch erklärungsbedürftig. Interessant ist im Übrigen auch, dass der Anteil der engagierten Personen in unserer Gesellschaft mit der Höhe des monatlichen Nettoeinkommens beinahe linear steigt, und dass, je höher der formale Bildungsabschluss ist, die Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement zunimmt. Und da wir schon einmal bei der Statistik sind, will ich Ihnen auch nicht verschweigen, dass es ein Nord-Süd-Gefälle gibt: In den südlichen Ländern sind die Menschen, statistisch betrachtet, deutlich aktiver als in den nördlichen. Außerdem gibt es ein auffälliges Land-Stadt-Gefälle: Die Engagementquote sinkt fast linear mit zunehmender Ortsgröße, was die Annahme bestätigt, dass kleine Gesellschaften sich durch enge Bindungen bis zu einem bestimmten Grad selbst tragen, während es in großen Einheiten durch Anonymisierung offensichtlich zu Reibungsverlusten kommt.



Ich will aber auch etwas zur ökonomischen Bedeutung des Ehrenamtes sagen. Für eine Veranstaltung wie heute Abend ist das zwar nicht unbedingt erforderlich; schließlich muss ich hier niemanden von der zentralen Bedeutung des gesellschaftlichen Engagements überzeugen. Aber vielleicht hilft es dem Einen oder Anderen, in seinem Umfeld die Relevanz dieses Engagements zu vermitteln.

Bürgerschaftlich engagierte Menschen wenden im Bundesdurchschnitt monatlich etwas mehr als 16 Stunden für freiwillig geleistete, unbezahlte Arbeit auf – 16 Stunden! Und wenn ich hier von 16 Stunden im Durchschnitt spreche, dann muss ich Ihnen nicht erläutern, was solche Durchschnittszahlen bedeuten. In diese 16 Stunden geht das gelegentliche, vielleicht zweistündige monatliche Engagement des Einen genauso ein wie das viele Stunden umfassende Engagement von anderen, das sich im Zeitaufwand von hauptamtlichen Tätigkeiten fast nicht mehr unterscheidet. Diese individuellen Zeiten werden dann zu einer Durchschnittszahl von 16 Stunden pro Monat verrechnet, die zwar nicht belanglos ist, aber kaum erkennen lässt, in einem welch erstaunlichen Maß sich viele Menschen unauffällig und unbezahlt für andere einsetzen.

Summiert man die in Deutschland geleisteten Arbeitsstunden für bürgerschaftliches Engagement, dann ergibt sich der doch stolze Betrag von 4,6 Milliarden Stunden. Das sind immerhin 7,5 Prozent der gesamten, in Deutschland geleisteten Arbeitszeit. Und jetzt begeben Sie sich auf besonders schlüpfriges Gelände: Würde man für diese ehrenamtlich geleistete Arbeit einen Stundenlohn von 7,50 Euro zugrunde legen – fragen Sie mich jetzt nicht, wie ich auf 7,50 Euro komme – dann reden wir hier, volkswirtschaftlich betrachtet, über eine Arbeitsleistung im Wert von nahezu 35 Milliarden Euro. Da Zahlen ja bekanntlich immer relativ sind, will ich Ihnen auch Relationen nennen: 35 Milliarden, immerhin zwei Prozent des gesamten Volkseinkommens, sind mehr als die Wertschöpfung des Gastgewerbes in unserer Volkswirtschaft und ziemlich präzise doppelt so viel wie die Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft.

Bei der wirtschaftlichen Bedeutung von Ehrenamt und gesellschaftlichem Engagement reden wir also nicht über eine Marginalie, nicht über eine Petitesse, sondern über einen Bereich mit wachsender Bedeutung für die Lebensverhältnisse in einer modernen, demokratischen Gesellschaft. Dass der größte Teil dieses gesellschaftlichen Engagements sich in Organisationen vollzieht, ist nicht überraschend, aber auch nicht bedeutungslos. Denn es relativiert ganz erheblich die zu Beginn angesprochene Neigung, Interessen am liebsten ganz für sich alleine und gegen den Rest der Welt zu verfolgen. 95 Prozent des Engagements werden über Organisationen vermittelt, davon mit fast 20 Prozent der größte Teil im Sportbereich. 13 Prozent entfallen auf den Bereich Kindergarten und Schule. Immerhin zehn Prozent sind es im Bereich Kirche und weitere zehn Prozent im sozialen Bereich im weitesten Sinne. Die Kultur kommt auf knapp zehn Prozent, die Politik auf fünf Prozent – hier werden die Größenordnungen schon deutlich bescheidener –, und fünf Prozent sind es auch im Bereich der – ich hätte fast gesagt „sonstigen Rettungsdienste“: 4,5 Prozent im Umweltschutz und vier Prozent in der Jugend- und Erwachsenenbildung.



Warum erläutere ich Ihnen diese Zahlen so ausführlich? Weil ich der Meinung bin, dass die Statistik illustrativ ist, aber nicht den Kern der Sache trifft. Auch wenn die Zahlen anders wären, als sie sind, wären vermutlich die meisten von Ihnen so wie ich davon überzeugt, dass eine freiheitliche Gesellschaft eine aktive Bürgergesellschaft braucht. Manches spricht dafür, dass wir – gerade in Zeiten der Globalisierung, gerade zu Beginn des 21. Jahrhunderts, gerade nach den allerjüngsten Erfahrungen nicht nur, aber auch auf den Finanzmärkten – eine Neuvermessung des Verhältnisses von Staat und Zivilgesellschaft brauchen. Das gilt sicher auch im Lichte der Koalitionsvereinbarungen, die ich genau so wenig einer Exegese unterziehen will wie mein Vorredner. Aber es ist evident, dass es vor dem Hintergrund der jüngsten Erfahrungen mit einem drohenden Zusammenbruch der internationalen Finanzinstitutionen zusätzliche Fragen sowohl an die Orientierung, das Selbstverständnis und das Leistungsvermögen von Eliten gibt wie auch neue Vorstellungen und Erwartungen an die Handlungsfähigkeit und Handlungsbereitschaft des Staates. Mehr als jede andere volkswirtschaftliche Branche hat die Finanzbranche den Staat als vermeintlichen Störfaktor in der Eigendynamik der Märkte missverstanden, während ihre immer phantasievolleren Produkte sich über einen beachtlich langen Zeitraum verselbständigt haben. Und ausgerechnet diese Branche hat am Ende die größte Kapitulationserklärung abgegeben, die es in der Wirtschaftsgeschichte der Menschheit bisher gegeben hat. Als alle Banken weltweit sich wechselseitig das Misstrauen aussprachen, wurde ausgerechnet der Staat als letzter denkbarer Rettungsanker wieder entdeckt – derselbe Staat wohlgemerkt, der bis unmittelbar vor diesem größten anzunehmenden Unfall als Hindernis für die Selbstentfaltung der Märkte missverstanden worden war.

Ich persönlich nehme die Verschiebungen im Verhältnis von privatwirtschaftlicher und staatlicher Verantwortung bzw. Steuerungskompetenz mit einer Mischung aus Erleichterung und Besorgnis zur Kenntnis. Wenn ich die Wiederentdeckung des Staates als unvermeidlichen Ordnungsfaktor auch und gerade in Zeiten der Globalisierung nicht ausschließlich als freudiges Ereignis werte, dann deswegen, weil ich mit großer Besorgnis registriere, dass wir innerhalb kürzester Zeit von einem Extrem ins andere geraten. Plötzlich wird der Staat im Hinblick auf Alles und Jedes für verantwortlich erklärt – etwa für die Entscheidung, an welchen deutschen Standorten welche Autos hergestellt werden könnten oder müssten, um ein beliebiges Beispiel heraus zu greifen. Von einem gefestigten, souveränen Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft und von einer nüchternen Betrachtung der jeweiligen Möglichkeiten und Grenzen kann also sicher keine Rede sein. Vielmehr befinden wir uns nach wie vor in einem Findungsprozess, der keineswegs abgeschlossen ist. Unstrittig ist aber zumindest die notwendige Ergänzung des Staates durch eine Bürgergesellschaft.

Zu den vielleicht nicht ganz so offensichtlichen, aber auch nicht weiter erklärungsbedürftigen Einsichten gehört, dass bürgerschaftliches Engagement – so dringend es erwünscht ist – kaum staatlich verordnet werden kann. Bürgerschaftliches Engagement, das auf staatliches Kommando hin stattfindet, ist keines mehr. Deswegen gehört zu den spannendsten Aspekten in der angesprochenen Neuvermessung der Zuständigkeiten von Staat und Zivilgesellschaft die Frage, was der Staat tun kann, um



bürgerschaftliches Engagement wenn schon nicht zu verordnen, so doch zumindest zu ermutigen und zu fördern.

Ich will Ihnen hier von einer Initiative berichten, die - wenn Sie mir das gestatten - mein gelegentlich auch etwas lädiertes Selbstbewusstsein als Gesetzgeber enorm stabilisiert hat. Vor ein paar Jahren hat der Gesetzgeber die Rahmenbedingungen für die Gründung privatwirtschaftlicher, gemeinnütziger Stiftungen gründlich verändert. Ziel war es, die vorhandene Bereitschaft zur Einbringung privaten Vermögens für die Verfolgung gemeinnütziger Zwecke in einer nachhaltigen Weise zu befördern. Mir ist die damalige Auseinandersetzung um eine Neuordnung des deutschen Stiftungsrechts aus zwei Gründen in besonders lebhafter Erinnerung: Zum einen, weil ich als damaliger kulturpolitischer Sprecher meiner Fraktion an der Gesetzesinitiative beteiligt war. Zum anderen, weil die am Ende von einer breiten Koalition aller Kulturpolitiker der Fraktionen im Deutschen Bundestag initiierte und mit breiter Mehrheit verabschiedete Novelle vom Bundesrat mit ebenso breiter Mehrheit zurückgewiesen wurde – mit der beachtlichen Begründung, eine solche großzügige Ausweitung der steuerlichen Absetzbarkeit privater Vermögensstiftungen führe zu völlig unzumutbaren Einbrüchen in den öffentlichen Haushalten. Ich erspare Ihnen jetzt die durchaus amüsante Geschichte der Herbeiführung des notwendigen Konsenses über ein kompliziertes Vermittlungsverfahren. Ein interessantes Detail will ich Ihnen aber nicht vorenthalten: Der damalige nordrhein-westfälische Finanzminister und spätere Bundesfinanzminister wies das Vermittlungsergebnis als Zumutung zurück, weil es im Finanzvolumen über die Regelung hinaus ging, die der Bundestag bereits getroffen hatte. Er stellte die unter logischen Gesichtspunkten nicht ganz unplausible Frage, woher wir eigentlich die Legitimation nähmen, einen Einspruch des Bundesrates wegen unzumutbarer Steuerausfälle dadurch zu verschlimmbessern, dass wir die rechnerischen Steuerausfälle mutwillig weiter vergrößerten. Der gleiche Finanzminister jedoch hat später in seiner damals noch nicht absehbaren Rolle als Bundesminister der Finanzen in einem seltenen Akt tätiger Reue und ohne erkennbare äußere Not freiwillig eine weitere Ausweitung des Förderrahmens vorgeschlagen und parlamentarisch durchgesetzt. Warum? Weil er und seine Kollegen begriffen hatten, wie sehr eine solche sinnvolle Teilung von Möglichkeiten und Kompetenzen nicht nur der Bürgergesellschaft, sondern auch dem Staat bei der Erledigung seiner Aufgaben hilft. Seit dieser Zeit werden in Deutschland Jahr für Jahr rund 1.000 neue private gemeinnützige Stiftungen gegründet. Das sind jeden Tag drei!

Von den heute in Deutschland bestehenden rund 15.000 gemeinnützigen privaten Stiftungen sind mehr als die Hälfte erst in den letzten zehn Jahren entstanden. Die Reform des Stiftungsrechts ist damit ein wirklich spektakuläres Beispiel dafür, wie weit es tatsächlich auch von gesetzlichen Rahmenbedingungen abhängt, ob und in welchem Umfang die Bereitschaft zum Engagement in einer Gesellschaft gehoben und befördert werden kann. Dass sich diese Aufgabenstellung in einer modernen Gesellschaft mehr als an irgend jemanden sonst an die tatsächlichen oder eingebildeten Eliten richten muss, bedarf, glaube ich, keiner Erläuterung.



Deswegen habe ich – wie die Geschäftsführung des Cusanuswerkes notfalls bezeugen kann – der Auslobung dieses Preises auch mit einer leichten Skepsis entgegen gestanden. Denn eine Stiftung, die die Vergabe von Stipendien ausdrücklich nicht allein an die Vermutung einer überdurchschnittlichen intellektuellen Begabung knüpft, sondern auch an die Erwartung eines gesellschaftlichen Engagements, das über die Beförderung eigener Studien- und Berufsinteressen hinausgeht, muss sicher nicht zwingend gesellschaftliches Engagement mit Preisen auszeichnen. Sicher aber darf sie das, und vielleicht sollte sie es auch: als Ermutigung und Anregung für Andere.

Roman Herzog hat in einer seiner zahlreichen Reden als Bundespräsident einmal gesagt: „Es gibt viele demokratische Tugenden. Bequemlichkeit gehört nicht dazu.“ Das ist sehr schlicht formuliert, aber es trifft den Kern. Ein demokratisches Gemeinwesen lebt im Ergebnis vom Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger. Wichtig sind sowohl das Ausmaß wie auch die Intensität und manchmal auch die Leidenschaft dieses Engagements. Und deswegen ist es eine ganz besondere Aufgabe gerade der großen Förderwerke in unserer Gesellschaft, deutlich zu machen, dass wir von jungen Menschen, die in den Genuss von Stipendien und Fördermitteln kommen, etwas mehr erwarten als von anderen. Wir müssen uns von der Vorstellung verabschieden, dass prinzipiell für alles Wichtige zunächst der Staat zuständig sei. Wir müssen an einem neuen Rollenverständnis arbeiten, das von folgender Grundannahme ausgeht: Alles, was wir selber wichtig finden, fällt zunächst einmal in die eigene Verantwortung. Erst dann, wenn die Prüfung der Frage, ob dies alleine denn überhaupt geht, zu einem plausiblen negativen Befund führt und die Einsicht bestehen bleibt, dass es aber wichtig ist, ergibt sich eine hinreichende Legitimation für das Suchen nach staatlichen Regelungen, aber eben nicht umgekehrt.

Die Projekte und die Initiatoren, die heute Abend ausgezeichnet werden sollen, haben genau dafür Beispiele geliefert und damit hoffentlich auch Anregungen gegeben, die – wie ich mir wünsche – nachhaltige Wirkung haben. Dazu gratuliere ich Ihnen schon jetzt vor Übergabe der Preise ganz herzlich. Dem Cusanuswerk danke ich einmal mehr für die Anregungen und die beinahe auf Dauer gesetzte Neigung zur geistigen Beweglichkeit, die ich der Förderung über einen begrenzten Zeitraum und offenkundig mit über diese Zeit hinausreichender Wirkung verdanke!